

## 270 Sechster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

alle diese Anträge dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, und ich habe den dringenden Wunsch, daß er sie auch wirklich berücksichtigt und nicht bei Seite legt.

Fischer-Berlin: Wenn ich nicht Fischer wäre, würde ich ähnlich geredet haben wie Kimmell. (Geisterleit.) Ich gebe von vornherein zu, daß die ärgere Gestaltung der Mai-Zeitung dieses Jahres dem Bedürfnis der Genossen nicht entspricht hat und auch dem meinen nicht, aber so dürfen die früheren Mai-, Weihnachts- und März-Zeitungen nicht charakterisiert werden, wie es Kritiker gethan hat, als ständen sie weit unter dem, was bürgerliche Verlage auf dem gleichen Gebiete leisteten. Unter diesen Publikationen des Verlags Vorwärts sind Leistungen, die sich dem Besten, was die moderne Kunst gibt, getrost an die Seite stellen können. (Sehr richtig!) Nun ist behauptet worden, der Verlag gebe sich nur nicht die rechte Mühe, um Schriftsteller und Künstler heranzuziehen. Nun, ich kann wohl sagen, daß ich manchmal die Rolle Bloch's, dessen hier so Liebend gedacht wurde, gespielt, unsere Partei-Schriftsteller um Beiträge gebrängt und ihnen auf den Pelz gestiegen bin. Von den Malern und Zeichnern rede ich garnicht, die Zahl derer, die hierbei für uns in Betracht kommen, ist nicht sehr groß. Variationen desselben Gedankens, den ein Künstler einmal behandelt hat, muß er schon seines Ansehens wegen ablehnen, immer Neues und Besseres soll gefunden werden. Ist etwas Vortreffliches geleistet worden, so sucht man darüber hinauszukommen und dabei geräth man manchmal in die Brüche. Ich bestreite, daß der künstlerische Werth der Zeichnungen gegen früher zurückgegangen sei. In der Kunst sind ja verschiedene Meinungen möglich; die Einen setzen in der Sieges-Ära den Gipfel der Geschmacklosigkeit, die Anderen die Einleitung zu einer neuen Renaissance. (Geisterleit.) In Berlin gibt es Leute, die in Anton v. Werner einen neuen Tizian sehen, in München wieder solche, die sagen, Werner ist gemäß ein Genie, aber kein Maler, er malt, wie man Stichel schmiert. (Große Geisterleit.) Für Diejenigen, die da meinen, daß das letzte Vorbild der Mai-Zeitung eine unkünstlerische Leistung sei, habe ich das Original der Zeichnung mitgebracht. (Das Bild wird ausgestellt.) Sie werden mit mir einig sein, daß hier einer unserer schönsten Gedanken einen künstlerisch vollendeten malerischen Ausdruck gefunden hat, das Sehnen und Ringen der Menschheit nach Erlösung und Freiheit, ihr Vertrauen in die Freiheit, wenn sie dann endlich in den Kerker eintritt und die Ketten löst. (Zustimmung.) Da sollte man nicht so generaliter aburtheilen, wie es hier geschehen ist. Die Einwände Kimmell's dagegen sind bezüglich äußerer Form berechtigt; auch in sozialdemokratischen Parteigeschäften geht es nicht immer so, wie es gehen sollte; hier haben Sie den ersten Probedruck und hier ist das Bild, wie es schließlich gebracht wurde; der Unterschied ist so auffällig, daß ich vor der Frage stand: soll ich die Mai-Zeitung zurückweisen und einen Prozeß wegen Entschädigung gegen die Druckerei anstrengen, die uns eine lange Reihe von Jahren vortrefflich bedient hat. Die Plakate hatten sich unerklärlicher Weise gleich bei Beginn des Druckes fast abgemacht, die Anstalt, die sie geliefert und die das Beste sonst leistet, erklärt auf unsere Anfrage, sie habe das Beste gethan, was sie thun konnte, aber manchmal sei die Komposition des Metalls derart, daß es keinen starken Druck aushalten könne. Die zweiten Galbano's, die wir sofort bestellten, fielen ebenso aus. Schließlich wurde das Original genommen, das auch verdorben wurde. So litt die Herstellung der diesjährigen Mai-Zeitung unter einer Reihe von Unbilligkeiten, die keiner voraussehen und keiner ändern konnte. Von Ihrer Parteifideltät erwarte ich, daß Sie alle diese Umstände berücksichtigen und darnach Ihr Urtheil fällen werden. (Beifall.)

Grünwald - Hamburg: Die letzte Nummer der Mai-Zeitung war unter aller Kritik. Fischer hätte nur das derde Urtheil in unserer Mitglieder-Versammlung hören sollen. Die Frauengestalt, die die Freiheit vorstellen soll, sieht ganz so aus wie ein Weib mit langem Bart. (Geisterleit.) Das „Goldene Kalb“

auf dem Bilde kann man für eine Art Gemse halten. (Geisterleit.) Künftig werden die Hamburger die Waare erst besehen, bevor sie sie kaufen.

Kiesel-Berlin: Nachdem Freund Fischer selbst erklärt hat, daß er mit der Ausführung der Mai-Zeitung auch nicht einverstanden sei, ist die Sache eigentlich erledigt. An faulen Wigen über das Bild hat es in Berlin auch nicht gegeben. Die Mittelfigur sieht aus wie ein Pfahl mit einem Kopfe darauf. (Geisterleit.) In früherer Zeit hat sich Fischer alle erdenkliche Mühe gegeben. Wir hatten wunderbare Zeichnungen zum ersten Mai, die von den Genossen als Modell für lebende Bilder benutzt werden konnten. Die Arbeiter sind auch die alten Bahnen gewöhnt. Die neue Kunst begreifen sie nicht ohne weiteres; sie darf daher nicht sofort in großem Umfange eingeführt werden.

Ein Schlußantrag, den Kaitz begründet und Ledebour bekämpft, weil er nachweisen wolle, daß die Schuld für das letzte Matbild nicht auf das Konto der modernen Kunst komme, wird angenommen.

Singer: Die Anträge 53, 54 und 55 wollen dasselbe, sie brüden den Wunsch aus, daß die Kunstzeugnisse unserer Verlage in möglichster Vollendung geliefert werden. Ich schlage vor, in diesem Sinne zu beschließen und so die drei Anträge zu erledigen.

Der Parteitag beschließt dementsprechend. Die weiteren Verhandlungen werden auf Nachmittag vertagt.

Singer verliest das Protokoll der Feststellung des

Wahlergebnisses für den Parteivorstand und die Kontrollenre.

Abgegeben wurden 177 Stimmentzettel, von denen 10 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen bezeichnet waren. Für den Parteivorstand wurden abgegeben: Nebel 176, Singer 175 als Vorsitzende, Gerisch als Kassirer 176, Pfannkuch 177 und Auer 174 als Sekretäre. Außerdem haben erhalten Rosa Luxemburg und Wehring als Vorsitzende je 1 Stimme, G. Braun und A. Fischer als Kassirer je 1 Stimme und Paul Hoffmann 1 Stimme als Sekretär. Als Kontrollenre wurden gewählt: Meister mit 162 Stimmen, Raden 155, Ehrhart 147, Brühne 146, Bod 143, Roenen 139, Petkin 133, Ged. 109 und Pjarr-Berlin 103 Stimmen. Ferner erhielten Stimmen als Kontrollenre v. Vollmar 84, David 72, v. Elm 41, Meist, Hoffmann und P. Müller je 3 Stimmen, Antik, Ledebour und Zubeil je 2 Stimmen, Mollenbuhr, Segis, Wohne, Lehendecker und Lindemann je 1 Stimme.

Singer ersucht die Kontrollkommission, sich sofort zu konstituieren und ihrerseits bekannt zu geben, wen sie als Beisitzer für den Parteivorstand wähle, eine Wahl, die auf Grund des Organisationsstatuts vorzunehmen ist.

Eine Mittagspause tritt ein.

## Nachmittags-Sitzung.

Beginn 2 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer theilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert und Meister zum Vorsitzenden gewählt hat. Als Beisitzer für den Parteivorstand sind von der Kontrollkommission Eberhardt - Charlottenburg und Wengels - Berlin gewählt.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Berathung kommt zunächst der Antrag 94.

Emmel-Mühlhausen begründet den Antrag: Das deutsche Reichs-Pressgesetz ist zwar im Allgemeinen im Elsaß eingeführt, aber die Bestimmung, daß Kautionen für politische Blätter gestellt werden müssen, ist beibehalten. Man will dadurch die Entstehung von Arbeiterblättern hindern. Eine Unterdrückung auf Grund des Diktaturparagraphen ist jetzt nicht mehr möglich. Die Gefahr, auf diese Weise ein Blatt zu ruinieren, ist also beseitigt. Es handelt sich bei unserem Antrage nicht um eine Subvention im gewöhnlichen Sinne, sondern

darum, daß wir einen Ausnahmezustand bekämpfen. Der Kampf gegen Ausnahmestimmungen darf nicht nur theoretisch geführt werden, sondern hier muß die Partei uns praktisch unterstützen, damit wir den übrigen Pressorganen Elsaß-Lothringens gleichgestellt werden. Es wurde gesagt, daß die Selbststrafen, Prozeßkosten u. s. w. von der Kautio n in Bezug gebracht werden. Das ist richtig, aber bisher hat doch die Partei die Genossen, die zu Selbststrafen u. s. w. verurteilt waren und sie nicht selbst aufbringen konnten, noch nie im Stich gelassen. Auch die Behauptung, aus der Kautio n werde sich mit der Zeit eine Subvention entwickeln, kann nicht als stichhaltig gelten. Die unterdrückte „Volks-Zeitung“ in Müllhausen, die seiner Zeit dem Diktaturparagraphen zum Opfer fiel, hat einen ganz anständigen Abonnentenstand gehabt. Wenn wir, wie zu hoffen ist, dieselbe Abonnentenzahl erreichen, so können wir wohl existieren. Nun ist es ja für den Parteitag schwierig, über so große Summen zu beschließen. Ich habe deshalb nach Rücksprache mit mehreren Genossen den Antrag so gestellt, daß unser Wunsch dem Parteivorstande zur erneuten Erwägung überwiesen werden möge.

**Gerisch:** Der Wunsch der Müllhauser Genossen ist an sich sehr begreiflich. Die Gesamtpartei hat aber früher vielfach schon Opfer gebracht, um in Müllhausen ein Blatt aufrecht zu erhalten. Es ist aber nicht gelungen, dort ohne Subvention eine Zeitung zu erhalten. Jetzt bestehen nur in Elsaß-Lothringen zwei Blätter, in Müllhausen und Straßburg, die wahrscheinlich beide subventioniert werden müssen. Es würde sich für die beiden Blätter um 40 000 M. handeln. Wir können nicht so große Summen festlegen, ohne darüber disponieren zu können. Nicht die niedrige Verzinsung, sondern nur die Unmöglichkeit, über diese Summen zu verfügen, zwingt uns, an Sie das Ersuchen zu stellen, den Antrag rundweg abzulehnen.

Der Antrag (94) wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der auf die Presse bezüglichen Anträge erledigt. Es folgen die Anträge zur Agitation.

Antrag 28 wird der Parteileitung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Antrag 29 sowie alle übrigen auf die Agitation gegen das Zentrum bezüglichen Anträge werden durch das Referat Debel's zur Reichstagswahl und die daran anknüpfende Diskussion für erledigt erklärt.

Antrag 30 wird ebenfalls durch die früher gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Antrag 31 wird von Gehmann-Breslau zurückgezogen in der Erwartung, daß der Vorstand den Antrag in den Kreis seiner Erwägungen ziehen werde. (Weiterkeit.)

Antrag 56 findet nicht die genügende Unterstützung, ebenso wenig Antrag 67.

Antrag 68 wird durch die anderen Beschlüsse für erledigt erklärt, die Anträge 69, 70 und 71 handeln von einem sozialdemokratischen Handbuch für Reichstagswähler.

**Singer:** Soweit ich mich erinnere, sind vor jeder Reichstagswahl solche Handbücher erschienen. Es fragt sich nur, ob die nötige Zeit dazu bleibt, andererseits haben wir in dem Schippel'schen Handbuch geistiges Material. Der Vorstand hat die Frage bereits ventilirt; wenn irgendwie die Möglichkeit vorhanden ist, wird das Handbuch herausgegeben werden. Ich empfehle alle diese Anträge dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

**Schmidt-Frankfurt a. M.** beantragt, die Anträge dem Vorstande und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. So wird beschloffen.

Antrag 90 wird ohne Debatte abgelehnt.

Damit sind die auf die Agitation bezüglichen Anträge erledigt.

**Singer:** Wir kommen zur Gruppe derjenigen Anträge, die sich auf die Alkoholfrage beziehen. Es sind dies die Anträge 40, 41, 88a, 106, 120 und 121. Die Unterstützungsfrage wird gemeinsam gestellt, alle Anträge werden genügend unterstützt. Die Resolution 121 ist dahin abgeändert, daß nicht Uebergang zur Tagesordnung beantragt, sondern daß die Alkoholfrage betreffende Anträge für erledigt erklärt werden. Auf Vorschlag von Singer werden alle diese Anträge von einem Redner begründet.

**Wolf-Bochum:** München ist vielleicht nicht der geeignete Boden für die Behandlung der Alkoholfrage. Aber wir müssen der Frage doch mindestens insoweit näher treten, als wir die Presse veranlassen, ihr mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Wir Alle wissen, welcher Schaden der übermäßige Alkoholgenuß der Arbeiterklasse zuzufügt und wie schwer es ist, die Arbeiter in den Gegenden, wo der Alkoholismus stark verbreitet ist, aufzuklären. Bösliche Abstinenz predigen wir nicht. Die Thatsache, daß der Parteitag im vorigen Jahre den Antrag, den Alkoholismus auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt hat, hat viele Arbeiter, die dem Laster ergeben waren, noch darin bestärkt.

**Blas-Leipzig:** Damit auch Jemand etwas dagegen sagt, will ich trotz der vorgerückten Zeit einige Worte sprechen. Ich glaube nicht, daß der Redner hier in München eine Breche geschossen hat. Dazu waren seine Ausführungen nicht angethan. Ich möchte auf die Konsequenzen aufmerksam machen, die eine Annahme dieser Resolution haben könnte. An sich sehen die Anträge und Resolution ganz harmlos aus. Es scheint so, als wollte man nur die Partei-Redakteure verpflichten, hier und da einen Leitartikel über die Schäden des Alkoholismus zu schreiben. Die wahren Abstinenz, um die es sich handelt, aber gehen z. B. aus dem „Korrespondent der Abstinenzanten“ hervor, den man uns gütigst unter unsere Papiere besördert hat. Es hat auf mich einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß die Agitation gegen den Alkoholismus plötzlich mit gar so fürchterlichem Eifer betrieben wird, gerade als hätten wir gegenüber dem Kapitalismus und Militarismus nichts Anderes mehr zu thun. Es ist auch historisch noch garnicht erwiesen, daß der Alkoholismus in unserer Zeit zugenommen hätte. (Sehr richtig!) Es ist ja so billig, wenn die Alkoholgegner nach berühmtem Muster jeden Widerspruch als unwissenschaftlich bezeichnen. Es steht aber auch nicht gerade wissenschaftlich aus, wenn man hier neue Heilige zu schaffen sucht und einzelne Parteigenossen als Vorbild für Ihren Lebenswandel empfiehlt. Es kann uns ganz gleichgültig sein, ob ein Parteigenosse sich des Alkohols enthält oder nicht. Wir wollen es in dieser Sache wie bei der Religion halten und wollen auch den Alkoholgegner zur Privatfrage erklären. (Sehr gut!) Wenn man von vornherein gemeint hat, die Kritik könne nur in schlechten Wägen bestehen, so ist das ein großer Irrthum. Wir Alle sind ja der Meinung, daß der Alkohol, im Uebermaß genossen, Schaden anrichtet. Aber das Uebermaß ist hier ein sehr relativer Begriff. (Sehr richtig!) Man müßte doch eine Grenze bestimmen, bei der die Gefährlichkeit eigentlich beginnt. Es wird auch sehr viel von sogenannten Trinkstufen und einem Trinkzwang gesprochen. Etwas Derartiges besteht meines Wissens nur bei dem deutschen Studententhum. Doch unter den kastenbewußten Arbeitern ein Bierkomment existirt, habe ich in meiner dreißigjährigen Parteithätigkeit noch nicht bemerkt. (Sehr richtig!) Der Zusammenhang zwischen dem Alkoholismus und den wirtschaftlichen Verhältnissen ist einleuchtend, und wenn immer darüber gejamert wird, daß die Arbeiter so viel geistige Getränke konsumieren, so beweisen die Haushaltungsbudgets, daß die Arbeiter für den Alkohol verdammt wenig übrig haben. So schlimm wie es dargestellt wird, ist die Sache nicht. Ich mache aber auf die Konsequenzen aufmerksam. In „Korrespondent der Abstinenzanten“ heißt es in einem Aufsatz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, daß da nur die völlige Abstinenz hilft und daß diese nur durchgeführt werden könne in engster Verbindung mit der Enthaltung vom Alkoholgenuß. Sehen Sie, das wäre schon ein anderer Weg

auf dieser Bahn. Es würde dadurch in die persönliche Freiheit des Einzelnen eingegriffen wie sonst in keiner anderen Partei. Es bedeutete das einen Rückschritt in die Zeiten der Ritterorden des Mittelalters, die Armuth, Keuschheit, Mäßigkeit und den Kampf gegen die Abergläubigen auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die Empfehlung von Trinkerasthen und dergleichen wird die Regierungen ermuntern, auf der Bahn reaktionärer Maßnahmen fortzuschreiten. Man bilde sich doch nicht ein, daß sich auf diesem Gebiete durch Zwang etwas erreichen läßt. Das kann man jedem Einzelnen überlassen. Wir dürfen aber auch unsere Hebamme nicht zwingen, gegen ihre Ueberzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. (Sehr wahr!) Denken Sie einmal, daß bei uns im Süden, wenn der Herbst kommt und die Winterfeste stattfinden, wo Alt und Jung heiter ist und wo auch der Vermste sich ein Vergnügen leisten kann, da kommt es natürlich vor, daß auch mal eins über den Durst getrunken wird, aber ein Verbrechen ist das nicht, da kann Alles vergnügt sein, nur der Parteifläbe muß nach Hause gehen und eine Fastenpredigt über Alkoholismus schreiben. (Heiterkeit.) Der arme Teufel kann mir leid thun. (Große Heiterkeit und Beifall.)

**Spannlich:** Genosse Meister lächelt mich so freundlich an, er denkt, daß ich nach meinem Rath beim Fest im Gaderbräueller, fleißig zu trinken, nicht der richtige Mann für diese Frage sei. Das soll mich aber nicht abhalten, den Antrag 107 in Verhinderung Fischer's zu verteidigen. Bisher schon hat die Sozialdemokratie durch ihre Wirksamkeit vielfach zur Verbesserung der Sitten im Lande beigetragen. (Sehr richtig!) Ihre öffentliche Thätigkeit wirkt wesentlich auf eine Verminderung der Rohheit und der Nothheitsdelikte ein. Das erkennen auch die Gegner an. In den Gegenden, wo die Sozialdemokraten dominiren, ist ein wesentlicher Rückgang aller Arten von Verbrechen zu verzeichnen. So hat die Sozialdemokratie auch eingewirkt auf die Eindämmung des unsmüthigen Genußes alkoholischer Getränke. Was hat mit Recht hervorgehoben, daß das Bestreben der Alkoholgegner darauf ausgeht, uns die Abstinenzbewegung aufzuhalten. (Sehr richtig.) Dazu fühlt die deutsche Sozialdemokratie weder Beruf noch Neigung. Die Alkoholfrage ist keine Parteifrage, sondern Privatfache. Wir erkennen an, daß der übermäßige Alkoholgenuß schädlich ist und so wie wir ihn bisher bekämpft haben, wollen wir ihn auch weiter bekämpfen. Es handelt sich um eine hygienische Frage, die auf einen Kongreß von Fachleuten gehört. Die ursprüngliche Schärfe ist der Resolution Fischer dadurch genommen, daß nicht über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen, sondern daß sie für erledigt erklärt werden. Mit diesem Entgegenkommen sollten sich die Abstinenten zufrieden geben. (Bravo!)

**Gebhardt - Forst** schließt sich dieser Ansicht an und bedauert, daß manche Abstinenten auf die Partei schimpfen und behaupten, daß sich die Partei mit der Alkoholfrage nicht befassen wolle. Von Niemand wird der übermäßige Alkoholgenuß so bekämpft wie von der Sozialdemokratie. In der Lausitzer Webergegend, wo an den blauen Montagen und Dientagen vor 5—6 Jahren noch sehr viel Schnaps getrunken wurde, ist jetzt, wo die Arbeitszeit beschränkt ist und die Sozialdemokratie Boden gewonnen hat, der Schnapsgegnuß sehr zurück gegangen. In der gestrigen Abstinentenversammlung wurde bereits angeregt, auch die Tabakfrage auf die Tagesordnung zu setzen. (Hört!)

Ein Antrag auf **Schluf** der Debatte, den Braun-Nürnberg begründete und **Gebhardt-Ludwigs** bekämpfte, wird angenommen.

Die Abstimmung über die Resolution Fischer (121) erfolgt auf Antrag **Reil-Stuttgart** abschnittsweise. Die Resolution wird in Absatz 1 und 4 mit **übergroßer**, in Absatz 2 und 3 mit etwas geringerer Mehrheit und schließlich als **Ganzes** mit **übergroßer** Mehrheit angenommen.

Es folgen die sonstigen Resolutionen. Resolution 84 wird zu Gunsten der Resolution 100 (Wehl) zurückgezogen. Weiterhin wird Resolution 85 zu Gunsten der Resolution 128 (Luzemburg) zurückgezogen. Resolution 87 (Erb-Hamburg) wird dem Parteivorstand überwiefen als Material zur Vorbereitung der Vorlage über die Gemeindepolitik, die einem der nächsten Parteitage vorgelegt werden soll. Zur Debatte stehen demnächst unterzückten Resolutionen 90, 100, 116, 125 und 128.

Die Resolution 96 begründet

**Kaol Hoffmann-Hamburg:** Es ist in den letzten Jahren eine Vereinsmelei entstanden, die der Partei nicht nur Geld, sondern auch Kräfte entzieht; vor Allem gilt das für Statklubs und Landsmannschaften. Man hat sogar Klubs der Arbeitsscheuen gegründet (Geiterleit), um den zu suchen, die Arbeit erfunden hat. Andere Vereine bilden sich zur Bekämpfung des Alkohols, zur Propaganda des Vegetarismus u. dergl. Dem muß mal entgegengetreten werden. Bei uns in Hamburg wurden zur Zeit des Sozialistengesetzes weit höhere Summen aufgebracht als heute, wo die Arbeiter für alle diese Vereine Beiträge leisten. Zu Puritanern will ich die Genossen natürlich nicht machen, sondern sie nur an ihre Parteipflicht erinnern.

**Windhoff-Düsseldorf** bittet den Antrag abzulehnen, da sonst auch Genossen aus Arbeiter-Gesangvereinen, Turn- und Radfahrervereinen austreten müßten. Diese Vereine schädigen die Bewegung nicht, es wäre sogar zu wünschen, daß in jeder Straße eine kleine Anzahl Vereine sind, denn auch da werden unsere Ideen propagirt.

**Meyer-Hamburg** erwidert Hoffmann, daß der Klub der Arbeitsscheuen in Hamburg nur ein Allverein ist. Er ist in einer Bierlaune von einigen Kaufleuten gegründet worden.

**Hoffmann-Hamburg** bemerkt, daß es ihm natürlich fernliege, den Klub der Arbeitsscheuen mit Arbeiter-Gesang- und Turnvereinen auf die gleiche Stufe zu stellen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Resolution 96 wird abgelehnt.

Zur Begründung der Resolution 100 bemerkt

**Frau Wehl-Berlin:** Die Forderung der Resolution ist fa selbstverständlich, daß ich auf die Begründung verzichte und Sie um einstimmige Annahme bitten kann. (Bravo!)

Die Resolution 100 gelangt einstimmig ohne weitere Debatte zur Annahme.

Die Resolution 116 begründet

**Schmidt-Frankfurt a. M.:** Unsere Fraktion hat recht daran gethan, daß sie bei der Verathung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung gegen die fakultative Einführung der Proportionalwahl für die Gewerbegebiete stimmte und die obligatorische Einführung forderte. Es giebt eben in unseren Reihen noch Gegner des Proportional-Wahlsystems. Ich halte es für unzulässig, daß einzelne Genossen gegen die Proportionalwahl eifern. Das muß der Parteitag mißbilligen und gleichzeitig bürgerlichen Angriffen gegenüber das Verhalten der Fraktion billigen. In Frankfurt haben wir das Proportional-Wahlsystem für die Gewerbegebiete eingeführt, wir werden dadurch einige Arbeitnehmer-Sitze verlieren, aber Arbeitgeber-Sitze gewinnen. Stimmen Sie der Resolution zu, damit unsre Gegner nicht sagen können, wir behalten unser Programm in der Tasche.

**Spannlich:** Ich weiß nicht, ob es zweckdienlich ist, das, was schon in unserem Programm ausgesprochen ist, noch einmal in einer Resolution zu fordern. Das halte ich für überflüssig, wir haben unsere Kraft zunächst daran zu setzen, das Allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und den Gemeinden zu fordern. Später wird man dann die Einführung des Proportional-Wahl-

systems in die Wege leiten können. Wo dies Wahlrecht sich ermöglichen läßt, wird unsere Partei sich dem natürlich nirgends widersetzen. (Sehr richtig!) Auch ich halte mit Schmidt-Frankfurt die Vertretung der Minoritäten für ein völlig berechtigtes Verlangen. Gegen die obligatorische Einführung des Proportional-Wahlsystems bei den Gewerbeberechtigten wäre selbstverständlich kein Wort zu verlieren gewesen, aber wir brauchen nicht nachgiebig und großherzig bei Seite zu stehen, wo andere Parteien auf Grund des Proportional-Wahlsystems Nutzen haben würden. Wir verlangen das Proportional-Wahlssystem für all' und Jeden, dazu ist aber im Augenblick die Zeit noch nicht gekommen. Ich bitte Sie, die Resolution 116 abzulehnen.

Engler-Freiburg bittet um Annahme der Resolution. Es ist eben nicht bei allen Genossen selbstverständlich, daß sie für die Forderungen unseres Programms eintreten. (Pfannkuch ruft: Das ist sehr schlimm!) In vielen Arbeiterkreisen herrscht noch sehr wenig Verständnis für das Proportional-Wahlssystem. Auf der anderen Seite wird es oft sehr schwer empfunden, daß wir trotz sehr starker Minoritäten keine Vertretung in den Gemeinde-Vereinigungen haben. Die Einführung dieses Wahlsystems für die Gemeinden wird den Arbeitern nach und nach vertraut machen mit der Forderung dieses Systems auch für andere Körperschaften.

Krause-Chemnitz: Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß diese Resolution abzulehnen ist. Wenn aus Frankfurt und Süddeutschland betont wird, daß wir das Proportional-Wahlssystem einführen müßten, so geschieht das, weil man dort mehr als anderswo den Standpunkt der Parität eingenommen hat. Es mag dem Antragsteller bei seiner Resolution vorgeschwebt haben, daß man in Berlin das Proportional-Wahlssystem abgelehnt hat, das ist aber nicht maßgebend.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Schöpflin-Leipzig befürwortet, von Eduard Schmid-München bekämpft, wird angenommen.

Die Resolution 116 wird abgelehnt.

Es folgt die Verathung der Resolution 128. (Im zweiten Absatz Zeile 7 sind die Worte „wie ein Mann erheben wird“ ersetzt durch „einstimmig zusammenfindet“.)

Singer: Die Antragsteller haben es mir nahegelegt, den Parteitag aufzufordern, diese Resolution als Manifestation gegen die zarische Brutalität zur Ehre und Bewunderung unserer russischen Genossen einstimmig ohne Debatte anzunehmen. (Beifalles Bravo!) Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, ich konstatire die einstimmige Annahme der Resolution. (Beifalles Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Verathung des Antrages 125 erklärt Singer: Der Antrag trägt im Gegensatz zu unserer sonstigen Gepflogenheit die Unterschriften aller Antragsteller. Das ist deshalb geschehen, damit die Genossen sehen, daß er von den in Berlin domicilirenden Partei-Instanzen sowohl wie von der Kontrollkommission in Uebereinstimmung mit den Berliner Genossen gestellt ist.

Zur Begründung erhält das Wort

Walberst-Berlin: Ich bitte Sie um Annahme des Antrages; es handelt sich zwar um eine spezielle Berliner Lokalangelegenheit, aber da es ein Parteitag, der zu Erfurt, war, wo der Ausschluß Wildberger's erfolgte, so muß auch die höchste Instanz eines Parteitages diesen Beschluß wieder aufheben, wenn der richtige Zeitpunkt dazu gekommen ist. Ueber 10 Jahre sind nun seit dem Ausschluß verfloßen, Wildberger, der außerhalb der Partei gestellt ist, hat sich immer mit ganzem Herzen mit der Partei identifizirt. Im Streit der Meinungen sind damals die Entgleisungen geschehen, der Selbsterhaltungstrieb der Partei machte damals ein rücksichtsloses Vorgehen nötig. Inzwischen hat eine Reihe von Parteigenossen, die nach Erfurt bei Seite traten, wieder Frieden mit der

Partei gemacht. Jetzt sollten wir auch Wildberger's Rückkehr nicht erschweren. Seine Familienangehörigen empfinden es als eine Achtung, daß er ausgesprochen ist. Stimmen Sie deshalb unserem Antrage zu. (Beifalles Zustimmung.)

Schmalz-Bremerhafen: Der Antrag weckt bei uns Erinnerungen, die nicht gerade erfreulicher Natur sind. Eben war das Sozialistengesetz gefallen, die Partei formirte sich auf's Neue und sofort setzte eine bedeutende Opposition ein. Da war die Erregung der Partei mehr als natürlich. Hunderte und Aberhunderte von Menschen hatten sich während des Sozialistengesetzes zu Polizeibehördendiensten hergegeben und für Judaslohn ihre Gefährten verrathen. Da hatte die Partei alle Ursache, auf der Hut zu sein. Da ist es erklärlich, daß die Opposition der sogenannten „Jungen“ nicht mit der Ruhe behandelt wurde, wie wir sie heute behandeln würden. Den „Jungen“ muß es unter allen Umständen zu gute gerechnet werden, daß sie das Gute für die Partei wollten und daß böse Absichten bei ihnen nicht vorgelegen haben. Für die Partei aber galt es, die Kruppen zu sammeln und es durfte keine Störung gebildet werden. Zu ungelegener Zeit erhob die Opposition ungerechtfertigte Angriffe gegen die Partei. Auch wir litten damals an hochgradiger Nervosität, die nicht nur die Jungen, sondern auch andere Parteigenossen, wenn sie Opposition machten, sofort zu spüren bekamen. Auch mir erging es so. Kaum war ich aus Erfurt zurückgekommen, da wurde im Hamburger Parteitag die Frage erörtert, ob ich wirklich noch in der Partei bleiben könne. Was das heißt, wird Jeder fühlen, der innig mit der Partei verwichen ist, mit allen Fasern an ihr hängt, und alles für sie geopfert hat. Ihm kann nichts Schlimmeres passieren, als wenn er infam aus der Partei ausgeschlossen wird. Inzwischen hat sich Manches gemildert. Die Partei der Brüderlichkeit sollte auch die Partei sein, die vergeben und vergessen kann. (Bravo!) Elf Jahre stehen die damals Ausgeschlossenen außerhalb der Partei und das ist eine schwere Strafe gewesen. Deshalb sollten wir nicht bloß Wildberger wieder aufnehmen, sondern reine Arbeit liefern und den Beschluß vom 21. Oktober 1891, so weit er sich auf die Jungen bezieht, aufheben. Damit wäre die Bahn auch für die übrigen frei gemacht. (Bravo!) Dieses Beschlusses haben wir uns nicht zu scheuen, es ist ein hochherziger Beschluß, der uns Allen zur Ehre gereicht. (Beifalles Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Schmalz ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen. (Bravo!)

Es folgt die Verathung derjenigen Anträge, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen; die Anträge 77 bis 79 sind bereits durch den in der Alkoholfrage gefassten Beschluß erledigt, Antrag 80 wird nicht unterstellt, Antrag 107 ist zurückgezogen. Es bleiben noch übrig die genügend unterstützten Anträge 118 und 124. Den Antrag 118 begründet

Schulz-Ragdeburg: Die Nothwendigkeit des Antrages ergibt sich aus dem Schluß der Resolutionen. Rollenbuhr und Lindemann auf diesem Parteitage. Es handelt sich bei den Referaten meist um Fragen, über die die Ansichten nicht geklärt sind. Wer sich informiren will, der kann das nicht, wenn die Resolutionen erst auf dem Parteitage vertheilt werden. Die Resolutionen müssen eher im Wortlaut veröffentlicht werden. Große Arbeit erwächst den Referenten daraus, denn sie haben doch ihre Reflektionen gewöhnlich schon lange vor dem Parteitage fertig. Daß oft die Ansichten erst auf dem Parteitage selbst geklärt werden, trifft nicht ohne Weiteres zu, denn der Referent, da er sein Material durgearbeitet hat, ist sich doch auch klar über das, was er will. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Sollten Sie den weitergehenden Antrag 124 an-

nehmen wollen, so bin ich bereit, meinen Antrag zu Gunsten des Antrages 124 zurückzuziehen.

**Hannud-Verlin:** Wir erkennen den Grundgedanken der Anträge 118 und 124 als berechtigt an. Aber die Annahme dieser Anträge würde nichts Wesentliches an den bestehenden Zuständen ändern können. Die Resolutionen zu den einzelnen Referaten müssen der Parteileitung, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vorher unterbreitet werden. Diese Körperschaften aber können doch nicht zu jeder beliebigen Zeit zusammentreten. Es geht also unter Umständen nicht Alles so glatt, wie sich die Antragsteller es denken. Noch schlimmer als mit dem Antrag 118, dessen Forderungen, so weit möglich, schon jetzt erfüllt werden, steht es mit dem Antrag 124 von Eih Braun. Die Unmöglichkeit dieses Verlangens will ich an einem konkreten Beispiel erklären. Sie haben mit Recht dem ausgezeichneten Referat Molkenbuhr's die höchste Werthschätzung entgegen und beschlossen, es im Druck erscheinen zu lassen. Molkenbuhr ist neben seiner parlamentarischen Thätigkeit, die ihn außerordentlich in Anspruch nimmt, auch durch seine Agitationsthätigkeit sehr beschäftigt. Es würde ihm gewiß die Zeit gemangelt haben, sein Referat vorher druckfertig auszuarbeiten und uns einzusenden. Wir mußten damit zufrieden sein, daß wir die Resolution mit dem Grundgedanken seines Referats von ihm eingekauft erhielten. Schluß wird es auch in anderen Fällen liegen. Wenn die Anträge 118 und 124 der Parteileitung zur Beachtung empfohlen werden, so glaube ich, wird auch der Antragsteller Genüge gesehen sein.

**Singer** bemerkt, daß Antrag 124 jetzt noch nicht zur Debatte steht. Antrag 118 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Antrag 124 begründet

**Franz Eih Braun:** Den Ausführungen des Genossen Schulz kann ich mich vollständig anschließen; der Verwirklichung meines Antrages stehen keine Schwierigkeiten entgegen. Ich will ja nur, daß Referate, die prinzipielle Fragen betreffen, vorher gedruckt werden, wie es auf wissenschaftlichen Kongressen und bei unserer italienischen Bruderpartei der Fall ist. Alle Referate können natürlich nicht vorher gedruckt sein, aber bei wissenschaftlichen Fragen von prinzipieller Bedeutung ist das wohl möglich. Ich will meinen Antrag dahin abändern, daß ich von der Veröffentlichung des Wortlautes der Referate absehe und mich mit der Veröffentlichung der Grundzüge begnüge.

**Hannud:** Der Begriff, was eine prinzipielle Frage ist, ist nicht immer festzustellen und organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung gibt es überhaupt nicht. Ich glaube, Sie können sich damit begnügen, den Antrag dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

**Schmidt** Frankfurt a. M. tritt für den Antrag ein. Die vorherige Veröffentlichung der Grundzüge der Referate werde zu einer Diskussion in der Presse Veranlassung geben und eine Klärung der Ansichten herbeiführen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 124 in der von der Antragstellerin in ihrer Begründung angeregten abgeänderten Fassung, wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die Anträge über

Zeit und Ort des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen vor die Anträge 83a (Parteitag des nächsten Jahres in Mitteldeutschland) und 87. Nur der erstere findet die nötige Unterstützung.

**Dr. Burghard** Charlottenburg begründet 83 a. Nachdem der vorige Parteitag in Norddeutschland und der diesmalige in Süddeutschland stattgefunden haben, glauben wir, daß nun Mitteldeutschland an die Reihe kommen muß. (Bestimmung.) Im Besonderen wären wir für Sachsen voranzusetzen, da dort politische Schwierigkeiten vorhanden, sonst schlägen wir Magdeburg vor.

**Ebert**-Bremen wendet sich gegen den Antrag. Die Hauptsache sei, daß der vorgeschlagene Ort alle Einrichtungen besitze, um die Geschäfte des Parteitages glatt erledigen zu können.

**Seifert**-Mannheim tritt für Mannheim ein, wenn nicht diesmal, dann das nächste Mal. (Geiterkeit.)

**Singer** stellt nunmehr auch die Anträge 72—76, 104, 117, 129 zur Debatte. 72 (Kottbus), 73 (Stettin), 104 (Wiesefeld) finden nicht die erforderliche Unterstützung; 74 empfiehlt Bremen, 75 Mannheim, 76 Dresden, 117 Jena und 129 Leipzig.

**Ebert**-Jena: Nach Bremen können wir im nächsten Jahre nicht gehen, nachdem erst der vorjährige Parteitag in Lübeck stattgefunden hat. Was Dresden anlangt, so weiß ich nicht, ob wir dort so ungehindert, wie es notwendig ist, tagen können. Wir haben nun den Gedanken gefaßt, daß der Parteitag auch einmal in Jena stattfinden könnte. Jena ist nicht mehr das Philisternest wie früher (Geiterkeit.). Für Quartier u. s. w. wird genügend gesorgt sein.

**Zubeil**-Verlin: Wir sind der Meinung, daß wieder einmal das Centrum Deutschlands an die Reihe kommen muß, wozin auch die ärmeren Kreise wegen der weniger langen Eisenbahnfahrt Delegirte entsenden können. Die Bedenken, daß in Dresden polizeiliche Eingriffe zu befürchten seien, kann ich nicht theilen. Die Zeiten haben sich geändert. Bedenken Sie, daß wir früher auch in Bayern keinen Parteitag abhalten konnten. Jetzt würde selbst Mecklenburg uns keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

**Ebert**-Bremen: Ich bitte Sie dringend, der Einladung der Bremer Genossen Folge zu leisten, wir haben Sie schon mehrmals eingeladen, leider vergebens. Wir haben ja in Bremen heute eine geordnete Parteibewegung, aber doch einen sehr schwierigen Stand. Deswegen ist uns jede Unterstützung unserer Agitation willkommen. Der Beschluß, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten, würde die Bremer Genossen veranlassen, Alles zu thun, um bei der nächsten Reichstagswahl das Mandat wieder zu erobern, so daß zum Parteitag die rothe Fahne über Bremen weht. Auch die geographische Lage Bremens ist durchaus nicht ungünstig. Bremen hat als der bedeutendste Auswanderungshafen (Große Geiterkeit) vorzügliche Eisenbahnverbindungen. Von Bremen aus werden die Genossen die beste Gelegenheit haben, den internationalen Kongress in Amsterdam zu besuchen. (Geiterkeit.). Auch polizeiliche Eingriffe haben wir in Bremen nicht zu befürchten.

**Eindermann**-Dresden tritt für Dresden ein. Vereinsgesetzliche Schwierigkeiten seien nicht zu befürchten, Dresden liege geographisch sehr günstig, so daß es auch aus dem Osten besucht werden könne. Die Genossen hätten in diesem Jahre die Vorzüge des Münchener Bieres kennen gelernt, sie könnten auch die des Bismarckentaffees kennen lernen. (Geiterkeit.)

**Ebert**-Leipzig empfiehlt Leipzig. Im nächsten Jahre seien 40 Jahre seit Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins verstrichen, man feiere also in Leipzig eine historische Erinnerung. Leipzig sei gut gelegen, an Lokalen fehle es nicht, die Stadt besitze eine Reihe von Vorzügen. Die Ablehnung gegen Leipzig sei unberechtigt.

**Schäpflin**-Leipzig schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und weist namentlich auf die historische Bedeutung von Leipzig hin.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 83 a wird zurückerzogen. Der Wahl erfolgt durch Auszählung. Es entfallen auf Bremen 29, auf Mannheim 17, auf Dresden 101, auf Leipzig 53 und auf Jena 9 Stimmen. Der nächste Parteitag findet also in Dresden statt. (Beifall.)

Die Geschäfte des Parteitages sind damit erledigt.

Singer: Die Geschäfte des Parteitagcs sind beendet. Ich bin mir sicher, daß ich aus dem Herzen jedes einzelnen Mitglieds des Parteitagcs spreche, wenn ich den Münchener Genossen unseren allerwärmsten Dank für ihre Thätigkeit ausspreche, die sie dem Parteitag gegenüber entfaltet haben. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Nicht nur, daß sie thätig vor und während des Parteitagcs uns in unseren Arbeiten unterstützt haben, sie haben uns auch noch eine Reihe froher Tage bereitet (Bravo) und uns in so großartiger Weise Gastfreundschaft erwiesen, daß wir alle hocherfreut uns in brüderlicher herzlicher Dankbarkeit für die Münchener Genossen zusammensinden. Die Tage in München werden unvergessen bleiben, die Münchener Tage werden uns immer in der Erinnerung bleiben als eine Woche ernstet Arbeit, aber auch fröhlichen Humors. Die lothbare Mischung von Ernst und Humor, die sich bei den Münchener Genossen findet, hat auch die Verhandlungen unseres Parteitagcs wesentlich gefördert. Wir können den Münchener Genossen nicht dankbar genug sein. Jeder Einzelne von uns wird wünschen, daß, wenn der Parteitag einmal in die Stadt kommt, in der er wohnt, es den Münchener Delegirten dort ebenso gut gefallen möge, daß sie sich dort ebenso heimlich und wohl fühlen mögen, wie wir uns jetzt in München gefühlt haben.

Ich danke der Kommission, die fleißig für den Parteitag gearbeitet hat, der Kommission für die Prüfung der Mandate und Beschwerden, die ihre Arbeit geleistet hat und sich selbst dadurch zum Theil ausgeschossen hat von der Theilnahme an den Verhandlungen. Dies Opfer hat sie gebracht im Interesse des Parteitagcs.

Wenn ich sagte, daß die Münchener Tage in der Partei nicht verbessert werden, so bezieht sich das nicht nur auf den Gegenstand, den ich dabei hervor gehoben habe, es bezieht sich auch auf die Arbeiten, die wir hier geleistet haben. Die Gegner und ihre Presse haben geglaubt, daß in München ein Parteitag stattfinden würde, auf dem die Zersplittertheit, die Spaltung der Partei, den Hoffnungen der Gegner entsprechend, endlich einmal zur That wird. Ich habe nicht die Hoffnung, die Gegner in dieser Beziehung irgendwie belehren zu können. Die Gegner haben die Partei schon so oft auseinander fallen lassen, daß es auf einmal mehr oder weniger nicht ankommt. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wer aber objektiv, ohne sich selbst Illusionen zu machen, die Verhandlungen des Parteitagcs verfolgt hat, der muß anerkennen, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen prinzipielle Uebereinstimmung bei uns herrscht und daß wir alle uns einig wissen bei derjenigen Thätigkeit, die unsere allererste und ernsteste Aufgabe ist, in der Thätigkeit, die Gesetzgebung zu gestalten, daß die Arbeiterklasse bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erlangt, in der Thätigkeit, die darauf hinausgeht, politische Zustände in Deutschland zu schaffen, die es ermöglichen, Deutschland einen Kulturstaat zu nennen. Da wissen wir uns Alle einig, und einmüthig kämpft der Eine mit den Anderen, es herrschen in diesen Fragen des praktischen politisch-wirtschaftlichen Kampfes nicht die geringsten Meinungsverschiedenheiten. (Lebhafte Beifall.) Das sollten die Gegner endlich einsehen.

Wir haben auf diesem Parteitag, wie auf allen unseren Parteitagen, Arbeiten geleistet, die, wie wir hoffen und glauben dürfen, der Partei zum Vortheil gereichen. Wir haben wichtige Gegenstände behandelt, wir haben die Arbeiter-Versicherung, die bei den gesetzgebenden Verhandlungen der nächsten Zeit eine Hauptrolle spielen wird, vorbereitet. Die Partei hat hier in München die Grundsätze festgelegt, nach denen wir die Arbeiterversicherung ausgearbeitet zu sehen wünschen, und es wird Aufgabe aller Genossen sein, diese Grundsätze in der Presse und in Versammlungen zu propagieren, damit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags die nöthige Unterstützung zu Theil wird. Wir haben auf dem wichtigsten Gebiete der Gemeindepolitik den Anfang gemacht, allgemein gültige Grundsätze für die Gesamtpartei im Reich festzustellen, und

wenn diese Arbeit auch noch nicht zu Ende geführt ist, so wird das der Sache nicht zum Schaden gereichen. Der Berichterstatter, Genosse Binemann, dessen gutes und fähiges Referat die Grundlage für die weiteren Arbeiten bilden wird, ist der Erste, der anerkennt, daß eine Frage von solcher Wichtigkeit nicht kurzer Hand erledigt werden kann, namentlich wenn, wie es der Fall ist, Meinungsverschiedenheiten über einzelne Forderungen vorhanden sind.

Wir haben aufs Neue unsere Stellung zu der internationalen Sozialdemokratie bekundet; durch den einstimmig gefaßten Beschluß, zahlreich in Amsterdam zu erscheinen, haben Sie gezeigt, daß die Bruderparteien aller Länder jederzeit auf die deutsche Sozialdemokratie rechnen können. (Zustimmung.) Wir haben vor Allem den Punkt der Tagesordnung, der uns zu allererst in eine energische umfassende Agitation führen wird: die bevorstehenden Reichstagswahlen, in einer Weise erledigt, daß unsere Gegner darüber klar werden müssen, daß der famose Behauptung vom sogenannten Boll-Opportunisten, von den Nationalliberalen bis hinüber zur Sozialdemokratie, bei keinem einzigen unserer Genossen auch nur einen Anklang von Willigung oder Zustimmung findet. (Zustimmung.) Wir haben in unserem Beschluß erklärt, daß wir unser Ziel nur erreichen können, gekürzt auf die eigene Kraft. Wir werden den Kampf führen in der prinzipiellen Weise wie bisher alle unsere Wahlkämpfe geführt worden sind. Wir haben den Genossen im Ranke die Rücksicht zu geben, und ich zweifle nicht daran, unsere Beschlüsse werden allorts und allseits respektirt werden. Wir gehen einem arbeitsreichen Jahre entgegen, einem Jahre reich an Kämpfen, aber, wie ich überzeugt bin, auch reich an Erfolgen.

Und wenn wir heute zurückblicken auf die Vergangenheit, so dürfen wir uns sagen, daß wir unsere Schuldigkeit getan haben, 25 Jahre sind bei der nächsten Wahl seit Erlaß des Sozialistengesetzes verfloßen, des Gesetzes, das bestimmt war, die Sozialdemokratie zu vernichten. Aber die Sozialdemokratie war es, die dies Gesetz seinem Vater, dem Fürsten Bismarck, gerissen vor die Füße geworfen hat. Was ist unter dem Sozialistengesetz, was ist nach dem Sozialistengesetz aus der Partei geworden? Die zahlreiche Beschädigung unserer Parteitagcs, die Presse, die Vereine, die Agitation und vor allen Dingen die Wahlen haben deutlich betonen, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands zwar von der Reaktion vorübergehend geschädigt werden kann, daß man ihr allerlei Hindernisse in den Weg legen, daß man ihre Vorkämpfer ins Gefängniß werfen kann, daß aber die befreiende Idee des Sozialismus, die befreiende Thätigkeit der Partei in keiner Weise eingengt werden kann durch Polizeimaßregeln, mögen sie den Einzelnen noch so schwer treffen. Die 25 Jahre haben den Beweis geliefert, was die deutsche Sozialdemokratie zu leisten im Stande ist. Getrost dürfen wir der Zukunft ins Auge schauen. Mit Sicherheit dürfen wir darauf rechnen, daß auch das nächste Jahr, welches uns vor die Reichstagswahlen und vor eine Reihe anderer Wahlen stellt, nicht nur ein Jahr der Arbeit, sondern auch ein Jahr des Ruhmes, ein Jahr des Sieges sein wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Erfolge werden um so größer sein, je mehr jeder Einzelne von uns seiner Pflicht bewußt, Alles aufbietet, diese Erfolge herbeizuführen. Ich brauche von dieser Stelle aus die Genossen nicht an ihre Pflicht zu erinnern. Ich weiß, daß Sie fest entschlossen sind, Ihre Pflicht zu erfüllen. Aber angesichts des kommenden Jahres wollen wir dennoch von Neuem geloben, Alles aufzuwenden, um bei den nächsten Reichstagswahlen die Macht der Partei zu zeigen, die Partei zu stärken. Wir wollen Alles aufbieten, um innerhalb der heutigen Gesellschaft in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Anzahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann, und daß die Gesetzgebung von sozialdemokratischem Geiste erfüllt wird. Und wenn wir auch die Gesetze noch nicht

so gestalten können, wie wir es wünschen, so werden wir doch jedenfalls im Stande sein, sie besser zu gestalten, als unsere Gegner es wollen.

Mit diesen Vorsätzen gehen wir an die Arbeit. Die Banner hoch! Vorwärts zum Kampf! Vorwärts zum Siegel! Wie immer, wenn wir auseinander gehen, fassen wir auch heute all' unser Hoffen und Sehnen, alle unsere Wünsche und alle unsere Entschlossenheit zusammen in den Ruf, der als Stürmruf das Reich durchbraust, der einst der Siegesruf sein wird:

Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Versammelten stimmen drei Mal in den Ruf ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise. — Schluß 6 Uhr.

### Ergebnis der Abstimmungen.

über die

#### dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 77—94. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

#### Nicht genügend unterstützte Anträge.

1, 3 (S. 97). 7, 9 (S. 101). 10, 11 (S. 223). 19—22, 25, 26 (S. 246). 32, 38, 42, 50, 52 (S. 255). 56 (S. 272). 58 c (S. 255). 67 (S. 272). 72, 73 (S. 279). 80 (S. 277). 82 (S. 255). 89 (S. 255). 97 (S. 279). 104 (S. 279). Antrag Weinshilb (S. 248).

#### Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

4, 5 (S. 97). 8 (S. 101). 12—15 (S. 163). 18 (S. 249). 27 a (S. 252). 29, 30 (S. 272). 33, 34, 35, 36 (S. 272). 40, 41, 43 (S. 274). 44, 45, 46 (S. 279). 53—55 (S. 271). 58 (S. 223). 68 (S. 272). 77—79 (S. 274). 81 (S. 255). 83 (S. 97). 86, 88 (S. 223). 88 a, 105 (S. 273). 110 (S. 223). 120 (S. 255). 123 (S. 271). 127 (S. 255). 27 (S. 252 durch Uebergang zur Tagesordnung.)

#### Zurückgezogene Anträge.

2 (S. 97). 16 (S. 147). 17 (S. 246). 31 (S. 272). 60, 62 (S. 180). 64, 65, 66 (S. 170). 83 a (S. 279). 84, 85 (S. 275). 107 (S. 277). 113 (S. 199). Antrag v. Elm betr. „Neue Zeit“ (S. 163).

#### Abgelehnte Anträge.

6 (S. 163). 23 (S. 250). 47 (S. 267). 51 (S. 269). 57 (S. 180). 58 a (S. 163). 59 (S. 166). 74, 75 (S. 279). 90, 94 (S. 272). 96 (S. 275). 108, 111 (S. 201). 116 (S. 276). 117, 129 (S. 279).

#### Angenommene Anträge.

61: Ausdehnung der Krankenversicherung auf Hausindustrie (S. 180). 63: Anwendung des § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs für Staatsbetriebe (S. 180). 76: Rüdiger Parteitag in Dresden (S. 279). 91: Resolution Luxemburg betr. Politische Sonderorganisation (S. 163). 92: Ausdehnung der Reichsversicherung (S. 180). 93: Ausdehnung der Gewerbeordnung (S. 180). 95: Änderungsantrag Bebel zu Nr. 91: Resolution Luxemburg (S. 163). 96: Finanzielle Unterstützung der Parteipresse (S. 163). 99: Recht der Frauen auf eigene Vertrauenspersonen (S. 255). 100: Agitation gegen Lebensmittelvertheuerung (S. 275). 101: Resolution Bebel zu „Reichstagswahl“ (S. 245). 102: Resolution zum Internationalen Kongress (Abt. S. 209). 109: Herausgabe des Rollenbuchs für Kaiser als Broschüre (S. 201). 112, 114, 115: Änderungsanträge zur Resolution Mollenhuth (S. 201). 121: Resolution Rüdiger zur Alkoholfrage (S. 274). 122: Resolution Mollenhuth zu „Arbeiterversicherung“ (S. 245). 125: Antrag Schmalefeld betr. Aufhebung des Erfurter Beschlusses gegen „Unabhängige“ (S. 277). 126: Einwendung von Wahlflugblättern an den „Vorwärts“ (S. 245). 128: Sympathie-Erklärung für russische Genossen (S. 276). Resolution zu Malfier S. 164 (Abt. S. 166). Herausgabe der Bebel'schen Reichstagswahlzettel als Broschüre (S. 245). Gerlich-Kron's Aenderung des Organisations-Statuts (S. 249). Antrag Singer zur Resolution über Kommunalpolitik (S. 222).

#### Der neuen Parteileitung überwiesene Anträge.

24 (S. 252). 28 (S. 272). 37, 39 (S. 268). 48, 49 (S. 268). 53 b (S. 163). 69, 70, 71 (S. 272). 87 (S. 275). 118 (S. 278). 124 (S. 278).

#### Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

66 a (S. 180). 69, 70, 71 (S. 272). 103 (S. 180).

## Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Mgler, Alfred	Stuttgart	
Arnold, Otto	Berlin	Oberbarnim
Kronz, Dr. Leo	Berlin	Krausfeld
Muer, Erhardt	München	
Muer, Ignaz	Berlin	
Naaber, Dittlie	Berlin	Reuß J. 2
Baber, Paul	München	Marburg-Kirchhain
Baerer, Heinrich	Hamburg	17. Hannover
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig
Bartels, Albert	Bernigerode	Stadterstadt-Bernigerode
Baßner	Berlin	Berlin IV
Baubert, A.	Wolfsburg	
Bebel, August	Berlin	
Bécard, R.	Hamburg	
Berger, Lukas	Kassel	Frankfurt a. M.
Bernstein, Eduard	Bayern	
Bethhold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt - Groß-Gerau und Hochst.
		Heppenheim
	Magdeburg	Magdeburg
	Leipzig	12. Sachsen
	Schwetzingen	8. Sachsen
	Wilmshausen	2. Müritzenberg
	München	Landshut
	München	München I u. II
	Berlin	Berlin I
	Bruchsal	
	Bad Boll	7. Württemberg
	Bismarck, Christian	Gotha
	Prof. Wilhelm	Kürth-Erlangen
	Böcker, Johann	Strasbourg-Stadt
	Böhlé, Bernhard	Dortmund-Görbe
	Bömelburg, Theob.	Porzlan - Angermünde und Teltow
	Borchardt, Dr. B.	Charlottenburg
		Teltow-Charlottenburg
	Böckle	München
	Braun, Dr. Adolf	Frankfurt-Ober
	Braun, Dr. Heinrich	Lehmannen-Misch
	Braun, Johann	Mörsheim
	Braun, Wilhelm	Königsberg
	Braun, Otto	9. Sachsen
	Braun, Ernst	13. Hannover
	Bren, August	Frankfurt a. M.
	Bühne, F.	Altenburg S. A.
	Buchwald, Edmund	Braunschweig I
	Bunge, Fritz	Friedberg-Rudingert
	Bunzel, Heinrich	
		Darmstadt
	Cramer, B.	Hannover
	Dassbach, Jean	Rainz-Lappenheim
	Dauß, Dr. Eduard	Kulmbach-Forchheim
	Deinhardt, Gg.	19. Sachsen
	Demmler, Karl	Frankfurt a. M.
	Dieck, Georg	Berlin
	Diefeler, Robert	Ludwigshafen
	Dittreiter, F. G.	Stuttgart
	Diez, J. G. B.	
		6. pfälzische Wahlkreis